

Wahlprüfsteine des Essener Friedensforums zur EU-Wahl auf Basis von Vorschlägen der "Aktion Aufschrei":

• 1. zu Atomwaffen

In einer Zeit, in der atomare Aufrüstung wieder ernsthaft in Erwägung gezogen wird, ist es dringend notwendig, dass sich das Europäische Parlament klar für ein atomwaffenfreies Europa und das Verbot aller Atomwaffen ausspricht:

Wahlprüfstein 1.1: Wird sich die Partei dafür einsetzen, dass sich die Europäische Union (auch nach einer Kündigung des INF-Vertrages) gegen jede Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen auf dem Boden ihrer Mitgliedsstaaten ausspricht?

Wahlprüfstein 1.2: Wird sich die Partei für die komplette Abrüstung bzw. den Abzug aller Atomwaffen in den Mitgliedsstaaten der EU engagieren? Derzeit sind dies Belgien, Deutschland, Frankreich, [Großbritannien], Italien und die Niederlande.

Wahlprüfstein 1.3: Wird sich die Partei dafür einsetzen, dass die EU eindeutig Position für ein völkerrechtliches Verbot aller nuklearen Waffen bezieht und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.

• 2. zum Rüstungsexport

Wahlprüfstein 2.1: Wird sich die Partei im Europäischen Parlament und gegenüber der Bundesregierung für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot einsetzen?

Wahlprüfstein 2.2: Wird sich die Partei für eine Verschärfung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport und - angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen - für ein Exportverbot von Kleinwaffen und zugehöriger Munition einsetzen?

Wahlprüfstein 2.3: Wird sich die Partei für ein EU-Waffenembargo gegenüber den im Jemen-Krieg involvierten Staaten einsetzen?

Wahlprüfstein 2.4: Wird sich die Partei für ein europäisches Aufsichtsgremium einsetzen, welches die konsequente und einheitlich restriktive Umsetzung der Kriterien des gemeinsamen Standpunktes durch die Mitgliedstaaten überwacht?

Wahlprüfstein 2.5: Wird sich die Partei für die völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen einsetzen und eine Finanzierung der Entwicklung und Erforschung solcher Systeme durch Gelder des Europäischen Verteidigungsfonds ablehnen?

• 3. zur Friedensentwicklung

Wahlprüfstein 3.1: Wird sich die Partei dafür einsetzen, dass die Europäische Union am Friedensprojekt Europa festhält und nicht zur Militärmacht wird? Wird sich die Partei dafür einsetzen, die Rolle der EU als Vermittlerin durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt auszubauen und eine Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen durch die EU abzulehnen.

Wahlprüfstein 3.2: Wird sich die Partei klar dagegen aussprechen, dass die EU zur Abwehr von Flüchtenden und Migration Staaten aufrüstet, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen?

Wird sich die Partei für die Einhaltung des Seerechts und der Flüchtlingskonvention bei der Rettung Flüchtender einsetzen?

Wahlprüfstein 3.3: Wird sich die Partei für eine deutliche Stärkung der Mittel der EU zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, sowie von Frieden, Menschenrechten und Demokratie eintreten?

● 4. zum Zusammenhang von Frieden und Umwelt/Natur

Wahlprüfstein 4.1: Wird sich die Partei für eine deutliche Stärkung der Mittel der EU zur Klimaschutz- und Artenschutzpolitik einsetzen und Mittel, die für Militärisches im EU-Haushalt vorgesehen sind, dafür umwidmen?

- Hintergrund: Es geht um mehrere Milliarden Euro pro Jahr ab 2019, darunter Mittel zur "industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich" und für die Entwicklung von "Rüstungsgütern" sowie die sog. "Militärische Mobilität", die 6,5 Mrd. Euro für den Ausbau von Schienen- und Autoverkehrsstrecken Richtung russische Westgrenze vorsieht, um im Konfliktfall schnell Kampftruppen und Gerät einsetzen zu können.

Konkret: Wird sich die Partei für eine Umschichtung der finanziellen Prioritäten zugunsten der Umwelt und Natur einsetzen und den Haushaltsansatz aus dem Jahr 2017 von 222 Millionen Euro für Investitionen in den Umwelt- und Naturschutz und die Klimapolitik auf Kosten der Militärausgaben steigern?

[https://ec.europa.eu/germany/news/20170928-222-millionen-euro-klima-umwelt_de]

Hintergrund: Die EU finanziert Umwelt- und Klimapolitik mit ihrem LIFE-Programm, das für die sieben Jahre von 2014 bis 2020 ca. 3,4 Mrd. Euro vorsieht. Der Vergleich mit der Finanzierung der Militärpolitik offenbart eine Prioritätensetzung zuungunsten der Umwelt.